

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 14 10. Juli 1996

→ **Lettland und der Holocaust** Seite 2

Vor 55 Jahren gab es in Riga den ersten Massenmord an der jüdischen Bevölkerung. Bis heute wird dieses traurige Kapitel der lettischen Vergangenheit kaum thematisiert.

→ **Nationalsozialistischer Untergrund** Seite 4

Amerikanische Geheimdienst Dokumente enthüllen die Existenz einer braunen Untergrundbewegung im Nachkriegsdeutschland. Nach dem Ende der Nazi-Herrschaft gründeten ehemalige SS-Angehörige in allen wichtigen Städten Stützpunkte.

→ **Schaubilder rechter Gewalt**

Seite 6

Anhand von Graphiken dokumentiert BNR die Entwicklung der antisemitischen und rechtsextremistischen Straftaten seit 1979 bzw. 1986.

→ **Werdegang eines Holocaust-Leugners** Seite 8

Ein wegen Volksverhetzung verurteilter Diplom-Chemiker schildert via INTERNET seine politische Entwicklung zum Revisionisten.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Eine andere Vergangenheitsbewältigung:

Lettland und der Holocaust

Der 4. Juli gehört in der Geschichte Lettlands zu den schrecklichsten Gedenktagen. 1941 wurden an diesem Tag alle Synagogen in der lettischen Hauptstadt Riga gebrandschatzt, nachdem zuvor Tausende von Juden in die Gotteshäuser getrieben worden waren. Die Angestellten des Alten Friedhofs und deren Familien wurden am selben Tag in die verschiedenen Gebäude auf dem Friedhof gepfercht, außerdem auf der Straße willkürlich Juden verhaftet. Dann wurden auch diese Häuser und Lager in Brand gesteckt. Niemand weiß genau, wieviele Kinder, Frauen und Männer vor 55 Jahren allein in Riga lebendigen Leibes verbrannt worden sind - auf Befehl der Nazis, aber mit Unterstützung lettischer Freiwilliger unter Führung des Polizeioffiziers Viktor Arajs. Das Fundament der größten Synagoge - der Großen Choral- und Synagoge auf der Gogola Iela in der City von Riga - bildet seit 1988 die zentrale Gedenkstätte für den Holocaust in Lettland. Aber auch am 55. Jahrestag des ersten Massenmordes an Juden unter deutscher Herrschaft ist dieses Datum ohne öffentliche Anteilnahme verstrichen. Die lettische Bevölkerung hat den Holocaust in ihrem Land einschließlich der Kollaboration verdrängt und damit die von der sowjetischen Okkupation vorgeschriebene Geschichtsklitterung übernommen. Zwar gibt es seit 1990 ein jüdisches Gemeindezentrum mit integriertem Museum zur Geschichte der Juden in Lettland, aber die Zahl der nichtjüdischen Besucher ist minimal. Am Rande der lettischen Hauptstadt befand sich zum Einmarsch der Roten Armee im Sommer 1944 das Konzentrationslager Riga-Kaiserwald. Auch nach Lettlands Rückkehr zur Demokratie erinnert nicht einmal ein Stein oder eine Tafel an dieses gräßliche Lager. Das Gelände ist zugebaut mit mehrstöckigen Wohnblocks - versiegelte Geschichte.

Am 10. November 1941 wurde in Berlin die Vernichtung aller Rigaer Juden beschlossen - vom Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, in Gegenwart des Höheren SS- und Polizeiführers Ostland, Friedrich Jeckeln, der dazu nach Berlin beordert worden war. Zurück in Lettland stieß die SS bei der Suche nach einem „geeigneten“ Exekutionsgelände auf einen kleinen Wald am Rande der Stadt -

das Rumbula-Wäldchen. 27.800 Juden sind dort Ende 1941 erschossen worden. Die Zahl stammt von einem Augenzeugen, dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und der SD, Dr. Rudolf Lange. Um die Spuren zu verwischen, mußten Anfang 1944 Häftlinge aus anderen Lagern die Leichen exhumieren und verbrennen. Knochenreste wurden in Spezialmühlen zermalmt. Daß in dem kleinen Wald vor allem Juden liegen, durfte während der Sowjetzeit nicht einmal auf einem Gedenkstein vermerkt werden. „Den Opfern des Faschismus“ stand zu lesen, anfangs nur in Lettisch und Russisch, nicht in Jiddisch oder Hebräisch.

„Die jüdische Tragödie negiert“

Anfang dieses Jahres hatten junge lettische Journalisten und Journalistinnen Gelegenheit, sich in einem Crashkurs Grundzüge demokratischer Pressearbeit anzueignen. Die Finanzierung hatte die Evangelische Kirche im Rheinland übernommen. Zum Kurs gehörte auch lettische Zeitgeschichte, Holocaust in Lettland. Bei diesem Punkt war anfangs Widerstand spürbar. Magers Verstermanis, Direktor des Museums und Dokumentationszentrums „Juden in Lettland“, hat 1996 im „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“ zum Thema „Der Holocaust im öffentlichen Bewußtsein Lettlands“ geschrieben: „Dem Großteil der Gesellschaft gelingt es scheinbar mühelos, das Wissen um das Leid und den Massenmord der Juden zu verdrängen. Das ist nicht nur elementare Egozentrik. In Lettland kommt dazu das Bewußtsein, selbst Opfer gewesen zu sein - nicht nur des NS-Regimes, sondern hauptsächlich des sowjetischen Terrors. Die Leiden in den Gulags und in der sibirischen Verbannung, über die jahrzehntelang geschwiegen werden mußte, werden jetzt besonders hochgespielt und damit die jüdische Tragödie negiert.“

Genau das machte sich bemerkbar, als den knapp 20 jungen Kollegen angeboten wurde, einen Tag dem Holocaust in Lettland zu widmen. Am Abend vor diesem Tag herrschten Rat- und Hilflosigkeit. Die Kursteilnehmer hatten offensichtlich Angst vor der Begegnung mit lettischen Juden und den eigenen historischen Lücken. Beim Besuch des Museums mitten in Riga war die Entkrampfung nach wenigen Minuten nahezu greifbar. Verstermanis hatte selbst die Führung übernommen und erzählte ohne jeden Unterton von Vorwürfen die lange Geschichte der Juden in Lettland. Dann folgte eine Rundreise zu jüdischen Spuren in Riga aus

der Zeit des Holocaust. Dabei beschränkten sich die jungen Frauen und Männer nicht wie im Museum aufs passive Zuhören, sie stellten Fragen, erkundigten sich nach weiterführender Literatur, verstummten allerdings voller Entsetzen im Rumbula-Wäldchen, waren danach auch nicht mehr in der Lage, weitere Gedenkstätten aufzusuchen. Sie wußten nicht, daß Rumbula ohnehin der letzte Punkt im Programm war.

Während der folgenden Tage des Kurses kam das Gespräch immer wieder auf das Thema Juden und Holocaust. Die Distanz war verschwunden, eine hohe Hürde genommen, man fühlte sich frei, konnte mit der Geschichte des eigenen Volkes unbefangener umgehen.

M. Verstermanis hatte in dem erwähnten Beitrag u.a. über den lettischen Schriftsteller Gunars Janovkis und dessen 30 im Exil veröffentlichte Bücher geschrieben: „Nur der Holocaustroman >Stadt am Fluß< erschien 1994 in Lettland und war bald vergriffen, obwohl die gesamte lettische Presse vom Erscheinen des Buches keinerlei Notiz nahm und versuchte, die Publikation einfach totzuschweigen. Zeugt der Erfolg des Buches davon, daß 'die Leute diese Frage nicht berühren wollen?' (wie prominente Letten immer wieder behaupten d.V.) Eher umgekehrt!“ Eine Erfahrung, die sich jetzt in Riga wiederholt hat.

Heiner Lichtenstein

Publicity für Ex-Terroristen

Mit einer ganzseitigen Anzeige in den Regionalzeitungen „Freies Wort“ und „Südthüringer Zeitung“ sowie „Hessisch-Niedersächsische Allgemeine“ meldete sich der Rechtsextremist Manfred Roeder (67) am 22. Juni wieder zu Wort. Mit seinen „95 Thesen zum Lutherjahr“ (vgl. BNR 7/96) vom Januar 1996 machte der Ex-Rechtsterrorist seit Monaten auf sich aufmerksam. „Die Thesen sind eine Art Wunderwaffe“, so führte Roeder in seinem aktuellen Rundbrief an. „Den Zeitschriften 'Deutscher Weg' und 'Preußen-Courier' gebührt das Verdienst, sie als erste abgedruckt zu haben. Dr. Mechtersheimer hat sie dann in seinem Pressepiegel vom 3. Mai auf zwei ganze Seiten veröffentlicht.“ Danach suchte Roeder weitere Anzeigeträger. Zu denen, die, wenn auch zögerlich, ablehnten, gehörten auch die „Frankfurter Allgemeine“

und die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“. „Die Junge Freiheit, die immer in Geldnöten ist, 'war nicht in der Lage, Ihnen den nachgefragten Anzeigenrahmen anzubieten', auch nicht gegen gute Bezahlung“, so der enttäuschte Roeder. „Ich war aber entschlossen, solange zu bohren, bis die Medien die Thesen bringen, damit das Volk endlich an seinem gesunden Verstand und an seiner Ehre gepackt wird.“ Fündig wurde Roeder dann bei den drei oben genannten Tageszeitungen. Der ehemalige selbsternannte „Reichsverweser“ sucht nun Spender für die Anzeigekosten sowie weitere Möglichkeiten, seine Kampagne fortzusetzen.

Anfang Juni erregte Roeder außerdem in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt Aufmerksamkeit. Mit einem weiteren, 65jährigen Rechtsextremisten verübte Roeder einen Anschlag auf die vom Hamburger Institut für Sozialforschung erarbeitete Ausstellung „Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Außerdem versuchte Roeder auch noch gegen die Verantwortlichen der Ausstellung Anzeige zu erstatten. „Natürlich wird man uns auch ein Verfahren wegen Sachbeschädigung machen. Aber das mußten wir in Kauf nehmen, denn wenn sich niemand gegen diese unglaubliche Verleumdung öffentlich gewehrt hätte, wäre die Ehre aller Soldaten befleckt gewesen“, so Roeder weiter in seinem Rundschreiben.

Roeder trat 1970 mit einer Aktion gegen eine Sexmesse in Nürnberg erstmals an die Öffentlichkeit. Der damals im südhessischen Bensheim (Kreis Bergstraße) ansässige Rechtsanwalt Roeder agitierte gegen die „bewußte Zerstörung von Kultur und Sittenordnung“. In den 70er Jahren siedelte Roeder auf den sogenannten „Reichshof“ (Haus Richberg) in Schwarzenborn-Knüll über und gründete 1971 eine „Deutsche Bürgerinitiative e.V.“. Eine Dekade nach seiner braunen Kampagne gegen die Sexmesse schlug Roeder mit seiner neugegründeten „Deutschen Aktionsgruppe“ (DA) den Weg zum Terrorismus ein. Ende 1980 wurde er dann wegen zahlreicher Delikte verhaftet. Die erschreckende Bilanz seiner terroristischen Aktivitäten umfaßte unter anderem zwei Tote. 1982 verurteilte das Stuttgarter Landgericht Roeder in Stuttgart-Stammheim zu einer 13jährigen Haftstrafe. Neben anderen Haftvergünstigungen wurde der ehemalige Rechtsanwalt 1989 vorzeitig aus der Haft entlassen. In den 90er Jahren warb Roeder für ein „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk - Förderverein Nord-Ostpreußen“.

Sönke Braasch

Nationalsozialistische Untergrundbewegung in der Nachkriegsära:

„Aktion Deutschland“

Freigegebene Dokumente des US-amerikanischen Geheimdienstes belegen, daß nach dem Ende der Nazi-Herrschaft im Nachkriegsdeutschland eine nationalsozialistische Untergrundbewegung existiert hat. Der braune Widerstand, der allerdings wenig Rückhalt in der Bevölkerung hatte, wurde 1947 von den amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden zerschlagen.

Der heute in Berlin lebende Artur Axmann (geb. am 18. Februar 1913 in Hagen), Hitlers letzter Reichsjugendführer, wollte dementieren, als er in seinen 1995 erschienenen Lebenserinnerungen über die nationalsozialistische Untergrundbewegung nach Kriegsende sprach. Das Dementi geriet ihm unter der Hand zu einem der wenigen veröffentlichten Belege dafür, daß es diese Untergrundbewegung tatsächlich gab. Axmann gehörte zur zweiten Garnitur von Hitlers Führung. Bekannt wurde er, weil er einer der wenigen „Getreuen“ war, die im April 1945 mit Hitler bis zu dessen Selbstmord im Bunker der Reichskanzlei aushielten und - jedenfalls nach seinen eigenen Angaben - auf der Flucht durch Berlin Zeuge von Martin Bormanns (Reichsleiter der NSDAP und Sekretär von Hitler) Tod wurde.

Axmanns Buch „Das kann doch nicht das Ende sein“ (Verlag Siegfried Bublies, Koblenz), hochgelobt mittels Rezensionen in rechtsextremen Postillen wie „Nation+Europa“ und der „Deutschen Stimme“ (NPD), widerlegt, so Wigbert Graberts revisionistischer „Eurokurier“ (3/95), „die Mär von der Untergrundbewegung der Hitler-Jugend nach dem Zusammenbruch“. Axmann widmet dem kaum erforschten nationalsozialistischen Untergrund nach Kriegsende nur einige Zeilen seines redseligen Buches. „In Wirklichkeit gab es überhaupt keine Untergrundbewegung“, schreibt er (S. 509). Dann aber schildert Axmann eine Episode, die sich bis ins Detail mit Dokumenten des US-amerikanischen Geheimdienstes „Counter Intelligence Corps“ (CIC; hier: Dokumente zur „Operation Gopher“, die ab 1945 den NS-Untergrund ausforschte, parallel verlie-

fen die Operationen „Nursery“ und „Brandy“) über die SS-Untergrundbewegung ab 1945 deckt, die Axmann aber an keiner Stelle auf diese bezieht.

Seilschaft der Hitler-Jugend

Axmann beschreibt, wie er sich im Dezember 1945 in der Nähe von Bad Tölz (Ansbacher Hütte) mit einigen ehemaligen Führern der „Hitler-Jugend“ (HJ; u.a.: Eduard Bertsch, Gustav Memminger, Ernst Ferdinand Overbeck, Willi Heidemann und Heinrich Hartmann) traf. Dokumente des CIC, die über die Freedom of Information Act freigegeben wurden, beweisen, daß Axmann ein konspiratives Treffen schildert. Die Nähe zu Bad Tölz ist kein Zufall, - dort hatte es eine Junkerschule der Waffen-SS gegeben, aus deren Absolventen sich ein Widerstandsnest gegen die Besatzungsmächte rekrutierte. Die Herren diskutierten, ob die Reste der HJ den Alliierten aktiven oder passiven Widerstand leisten sollten. Man kam nach mehreren Zusammenkünften zum Ergebnis, daß man sich erst einmal politisch „nicht öffentlich betätigen“ wolle. HJ-Führer sollten in Betrieben, die Gleichgesinnten gehörten, untergebracht werden. Die HJ-Führer hatten sich wahrscheinlich auf eine Art passiven, politisch unklar ausgerichteten Widerstand ihrer verbliebenen Seilschaft geeinigt.

Den Kern dieser Untergrundbewegung, die sich „Aktion Deutschland“ nannte, bildeten die Überreste der allgemeinen SS. Die „Aktion Deutschland“ teilte das elitäre Selbstverständnis der SS und bildete der HJ lediglich eine Hilfsfunktion zu. Sie bediente sich einiger eigens gegründeter Firmen in Baden-Baden (Reinhold), Frankfurt (Buck) und München (Heidemann), also eben der Infrastruktur, in der Axmann und seine früheren Untergebenen die HJ-Leute unterbrachten. In den Unterlagen des CIC, die mehrere hundert Blatt umfassen, taucht Axmann allerdings nur am Rande auf, - vielleicht, weil er schon 1945 aufflog, während die „Aktion Deutschland“ erst 1947 von den US-Behörden zerschlagen wurde.

„Befreiung Europas“ angestrebt

Der CIC beobachtete und infiltrierte die „Aktion Deutschland“, deren stärkste Untergliederung „Süddeutschland“ in der amerikanischen und in geringerem Maß in der englischen und französi-

schen Besatzungszone operierte. Die Organisation wolle, so heißt es in einem Bericht des in das Netzwerk eingeschleusten Agenten Hubert D. Ludwell, frühere SS-Führer und Wehrmachtsoffiziere in einer Untergrundbewegung vereinen. Nur die „zuverlässigsten und am besten ausgebildeten Personen sind Mitglieder der allgemeinen SS-Untergrundbewegung“, schreibt Ludwell. Die Untergrundbewegung sei dabei, sich „sehr gut zu organisieren und habe in allen wichtigen deutschen Städten Stützpunkte, die als Firmen getarnt seien“. An einer Stelle seines Berichtes heißt es, die „Aktion Deutschland“ strebe ein vom Ost-West-Konflikt geprägtes Europa mit einem neutralen Deutschland an. In einem neuen Krieg werde die UdSSR ganz Europa überrennen, aber die SS-Führer, die bis dahin die deutsche Polizei unterwandert haben würden, hätten sich die „Befreiung Europas“ vorgenommen.

Zu den Führern der Untergrundbewegung gehörten u.a. Helmuth Friedrichs, ein ehemaliger SS-Oberführer und Leiter der politischen Abteilung der Kanzlei der NSDAP, Kurt Ellersiek (alias Konrad Ehlers), Amtschef des Reichssicherheitshauptamtes, Kommandeur der SS-„Mannschaftshäuser“ (hießen zuvor Kameradschaftshäuser des „Nationalsozialistischen Studentenbundes“), und SS-Brigadeführer Erich Müller.

Auch Klaus Barbie, der in Lyon für die GESTAPO und den Sicherheitsdienst (SD) gefoltert und gemordet hatte, gehörte zum SS-Untergrund. Innerhalb eines „Stützpunktsystems“ war er unter einem seiner zahlreichen falschen Namen für Marburg und Umgebung zuständig. Da Barbie sich bei GESTAPO und Sicherheitsdienst (SD) im Kampf gegen den Kommunismus „qualifiziert“ hatte, warb ihn der CIC später als Agenten an.

Eingebunden in das Untergrundnetz war Felix Buck (am 13. August 1912 in Hamburg geboren). Dieser führte in Frankfurt und Gießen ein Pelz- und Rauchwarengeschäft, das „mit der Absicht aufgebaut wurde, frühere SS-Führer anzustellen“. Buck war ebenfalls Mitglied der Mannschaftshäuser gewesen. Nach seinem Jurastudium arbeitete er bei der IG-Farben-Hauptverwaltung (!) in Frankfurt, bis er 1939 Soldat (zuletzt im Rang eines Majors und stellvertretenden Regimentsführers) wurde. Nach Kriegsende baute Buck in Frankfurt sein Geschäft auf und war einer der zahlreichen Geschäftsführer in der Industrie- und Handelskam-

mer Frankfurt und des Verbandes des Groß- und Außenhandels. Der geopolitische Strategie Buck, einer der Mitbegründer des „Europäischen Instituts für Sicherheitsfragen“ (EIS) in Luxemburg, wurde später stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD. Er publiziert (Autor in „Nation+Europa“) und referiert („Staatspolitischer Club Rhein-Main“, „Gesellschaft für freie Publizistik“, „Deutsches Seminar“) bis heute in der rechtsextremen Szene.

Durch die GESTAPO „qualifiziert“

Im Februar 1947 wurde Buck verhaftet. Kurz nach Bucks Verhaftung erhielt der CIC ein Schreiben, in dem die „Aktion Deutschland“ Bucks sofortige Freilassung forderte. Die „Operation Selected Board“ habe „in bescheidenstem Rahmen Teile einer Gruppe der über das ganze Reichsgebiet verbreiteten Aktion Deutschland in die Hände der US - u. England gebracht“. Buck solle als Verbindungsmann zwischen der „Aktion Deutschland“ und den Militärbehörden freigelassen werden; geschehe seine Freilassung nicht binnen 14 Tagen, werde die Aktion „weitere Feindseligkeiten zu gegebener Zeit durch schärfste Gegenschläge“ vergelten.

Die amerikanische und britischen Besatzungsbehörden zerschlugen diesen braunen Untergrund in mehreren Verhaftungswellen. Um festzustellen, wie die deutsche Bevölkerung auf die Nachricht von noch zwei Jahre nach Kriegsende bestehende nationalsozialistische Widerstandsnester reagierte, befragten Agenten offen oder versteckt, repräsentativ oder zufällig ausgewählte Deutsche. Der Bericht des CIC faßt zusammen, daß die Durchschnittsbürger sehr vorsichtig würden, wenn der Untergrund erwähnt würde, da niemand in Verdacht geraten wolle. Das Spektrum der Reaktionen reichte von demokratisch motivierter Ablehnung über die Angst vor „neuen Abenteuern“ bis zu versteckter Sympathie.

Die Untergrundbewegung „Aktion Deutschland“ blieb eine folgenlose Episode der Niemandszeit zwischen 1945 und 1946. Sie hatte so wenig Rückhalt in der deutschen Bevölkerung - diese war überwiegend mit der Sicherung der materiellen Existenz beschäftigt -, daß die Verhaftung ihrer führenden Mitglieder nicht verkraftet wurde.

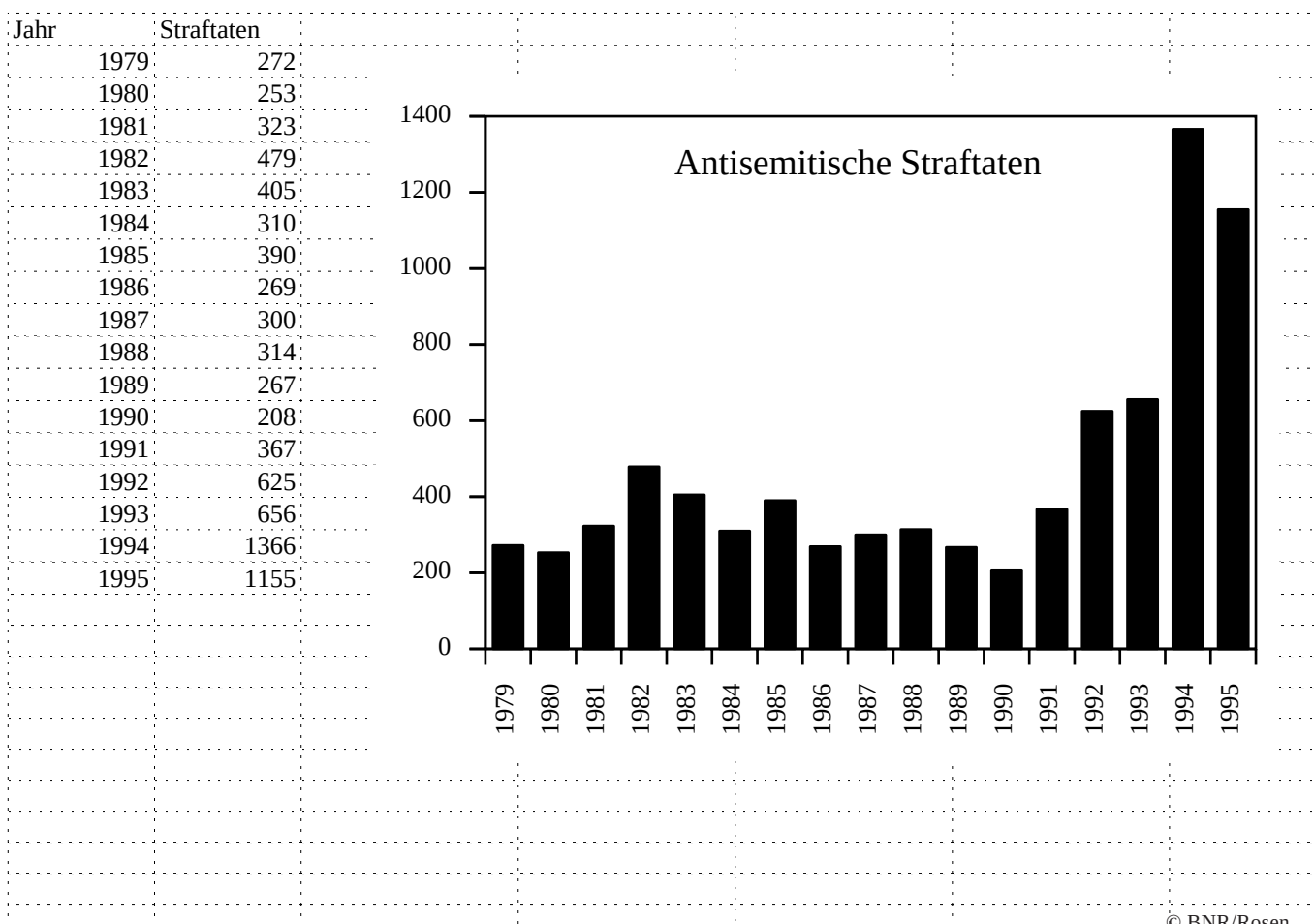
Friedrich P. Heller/Anton Maegerle

DOKUMENTATION

Antisemitische und rechts- extremistische Straftaten

Erstmals im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1979 wurden rechtsextremistische Straftaten mit antisemitischem Hintergrund - damals 272 - gesondert ausgewiesen. Seit der Wiedervereinigung hat sich -, folgt man der Zahl der Straftaten, die Feindschaft gegen Juden dramatisch vergrößert. Nach Angaben des neuesten Verfassungsschutzberichts

war für das vergangene Jahr erstmals ein signifikanter Rückgang um ca. 15 Prozent zu verzeichnen. BNR hat die Entwicklung der antisemitischen Straftaten von 1979 an in den folgenden Graphiken dokumentiert (Die Zahlen bis 1990 beziehen sich selbstverständlich nur auf die alten Bundesländer.):



IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

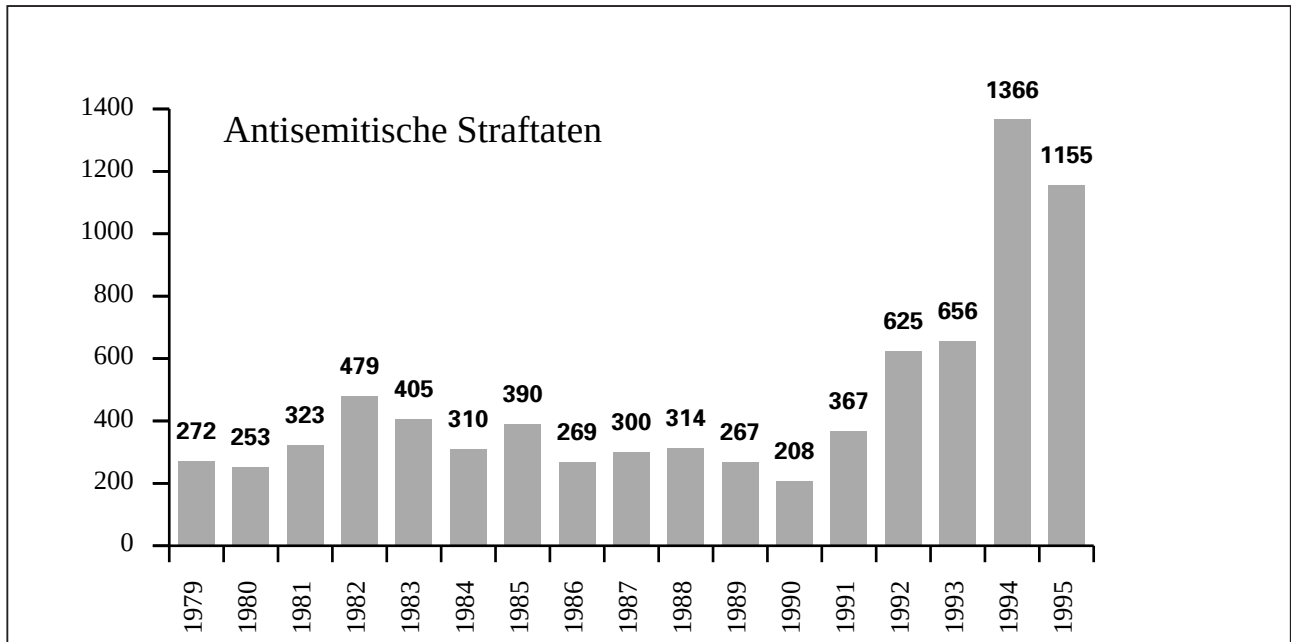
Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

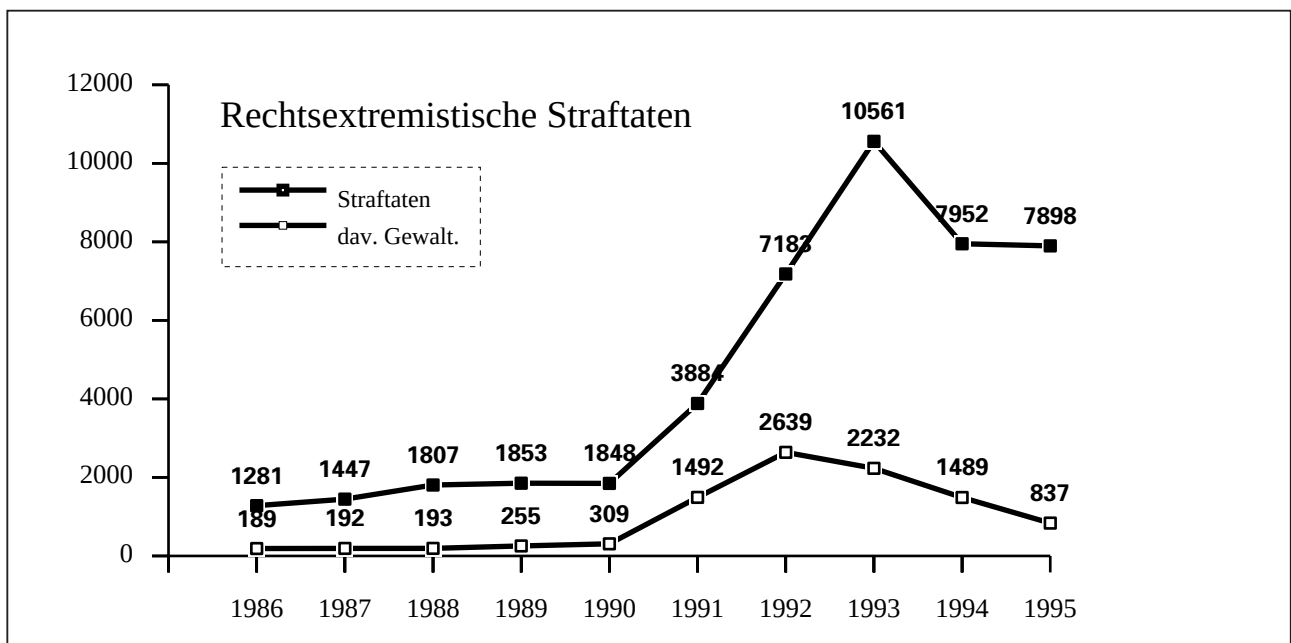
Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten



© BNR/Rosen



© BNR/Rosen

Bei einem Vergleich der rechtsextremistisch motivierten Straftaten der vergangenen zehn Jahre zeigt sich ein sprunghafter Anstieg nach der deutschen Wiedervereinigung. Mit 2.639 bzw. 2.232 Gewalttaten von Rechtsextremisten erlebten die Jahre 1992 und 1993 einen traurigen Höhepunkt; bei den rechtsextremistischen Straftaten insgesamt war für 1993 ein Spitzenwert mit über 10.500 Vorfällen zu verzeichnen. In den beiden Graphiken zeigt BNR die Entwicklung seit 1986 auf:

1986	1.281	189
1987	1.447	192
1988	1.807	193
1989	1.853	255
1990	1.848	309
1991	3.884	1.492
1992	7.183	2.639
1993	10.561	2.232
1994	7.952	1.489
1995	7.898	837

© BNR/Rosen

Der Werdegang eines Holocaust-Leugners:

Biographie im Internet

Im INERNET („Committee for Open Debate on the Holocaust“ >CODOH</Visalia, USA) ist seit kurzem der politische Werdegang des Holocaust-Leugners Gernar Scheerer (vor der Heirat: Rudolf) abrufbar.

Auf mehreren Seiten („Wie wird man zum Revisionisten?“) schildert Scheerer sein Hineinwachsen in die rechtsextreme Szene. So berichtet er, daß er während seiner gymnasialen Oberstufenzeit Anfang der achtziger Jahre mit der CSU sympathisierte und zum Franz-Josef Strauß-Fan wurde. Zeitgleich trat er in die CDU-Jugendorganisation „Junge Union“ (JU) ein; wegen seines Umzugs nach dem Studienort Bonn 1983 wirkte er dort nur kurz. Ein Jahr darauf begleitete Scheerer einen „Bundesbruder“ der katholischen deutschen Studentenverbindung, der er kurz zuvor beigetreten war, auf einer Reise in die Tschechoslowakei. Bei dieser Fahrt, so Scheerer, „wurde mit Wissen und Unterstützung“ der katholischen Kirche versucht, Bücher sowie einen Photokopierer einzuschmuggeln. Diese Aktion brachte für Scheerer eine zweiwöchige Gefängnisstrafe mit sich: „Ich habe damals die dunkelsten Seiten der kommunistischen Diktatur kennengelernt und mir im Gefängnis geschworen, daß ich mich nach der Freilassung dafür engagieren werde, solcherlei Unrecht zu bekämpfen.“ In den folgenden eineinhalb Jahren engagierte er sich im „Vertriebenenbereich“.

1985 trat Scheerer, Mitglied der „Schlesischen Jugend“, erstmals den „Republikanern“ (Kreisverband Bonn-Siegburg) bei: „Die Partei präsentierte sich mir als eine Art bundesweite CSU - minus den Knochenerweichungserscheinungen gegenüber dem Ostblock ...“ Nach einem halben Jahr REP-Mitgliedschaft verließ der „gläubige und praktizierende Katholik“ die Partei wegen „völligen Entrücktseins von der politischen Realität“. Zuvor nahm er im Januar 1986 beim Reichsgründungskommers des „Vereins Deutscher Studenten“ (VDSt) teil. Dort versuche ihn ein Kommilitone, Mitglied der NPD, von der „Auschwitzlüge“ zu überzeugen, doch Scheerer widmete sich zunächst seinem Hauptstudium in Frankfurt.

1989, nach dem Ende der Diplom-Prüfungen und dem Erfolg der „Republikaner“ bei den Wahlen

zum Berliner Abgeordnetenhaus, trat Scheerer wieder in die Partei ein (erneuter Austritt im Sommer 1991, da die REP „extrem akademikerfeindlich“ seien). Zugleich engagierte er sich im „Republikanischen Hochschulverband“ (RHV), der REP-Studierendenorganisation.

Interesse an den „Forschungsergebnissen“

Noch vor seinem Umzug nach Stuttgart hatte ein REP-Parteifreund Scheerer die Lektüre des Buches „Was ist Wahrheit“ des französischen Holocaust-Leugners Paul Rassinier empfohlen. Im Herbst 1989 las Scheerer dann auch „Der Nasenring. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung“ von Armin Mohler. Scheerers Fazit: „Ich war nur bereit, meine vorgefaßte Meinung über die Richtigkeit der etablierten Holocaust-Geschichtsschreibung in Zweifel zu ziehen“. Bis zum Beginn seines Promotionsstudienganges im Herbst 1990 zog sich Scheerer dazu das Machwerk „Der Auschwitz Mythos“ von Wilhelm Stäglich rein. Neben der Lektüre dieser Werke sammelte er noch Informationen über den „sogenannten Zündel-Prozeß“.

Nach seinen Angaben begann Scheerer mit seinen eigenen Forschungen „auf diesem Gebiet“ zu Anfang des Jahres 1991, „und zwar aus reiner privater Neugierde zunächst lediglich bezüglich der Frage, ob das sich im Mauerwerk (von Auschwitz!, Anm.d.V.) wahrscheinlich bei Blausäurebegasungen mit Zyklon B bildende Farbpigment Eisenblau eine genügend hohe Langzeitstabilität besitzt, um heute noch nachweisbar sein zu können.“

Kontakte ins Hardcore-Netz der Auschwitzleugner ergaben sich nach einem einschlägigen Leserbrief Scheerers in der „Jungen Freiheit“ dann von selbst: „Ein im Revisionismus Engagierter hatte im Jahr 1990 meinen (...) Leserbrief in der Jungen Freiheit gelesen und mir daraufhin nach Rücksprache Adressen von Personen und Institutionen zukommen lassen, die an den Ergebnissen meiner Forschungen interessiert sein könnten. Daraus entwickelte sich der Kontakt zum Rechtsanwalt Hajo Herrmann, dem Verteidiger Otto Ernst Remers“. Im Sommer 1991 kehrte Scheerer dann erneut den „Republikanern“ den Rücken: „Nachdem mein Engagement für den Revisionismus durch den Kontakt zu Rechtsanwälten ernsthaftere Formen annahm, entschied ich mich ... aus der Partei der Republikaner auszutreten“.

Im August 1991 begann dann Gernar Scheerers (damals Rudolf) Kreuzzug wider die historische Wahrheit.

Anton Maegerle

Aus dem aktuellen Verfassungsschutz

Aktive Skinheads in der Hauptstadt

Der vom Senator für Inneres vor kurzem vorgelegte Verfassungsschutz-Bericht 1995 für Berlin registriert einen erheblichen Rückgang um rund 43 Prozent bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten auf 450 (1994:795) Vorfälle. Bei den rechtsextremistischen Gewalttaten rangiert die Bundeshauptstadt mit 23 (1994:25) Fällen im bundesweiten Vergleich am unteren Ende auf Platz 13. Unter den bekanntgewordenen Gewalttätigkeiten waren 16 (1994:18) mit fremdenfeindlichem und zwei mit antisemitischem Hintergrund zu verzeichnen. Die sonstigen rechtsextremistischen Straftaten sind um rund 45 Prozent auf 427 (1994:770) Vorfälle gesunken; rückläufig waren dabei ebenfalls die Straftaten mit fremdenfeindlicher Zielrichtung mit 75 (1994:1928) Vorkommnissen. Ein deutlicher Anstieg auf 110 (1994:86) Fälle muß allerdings bei den Straftaten mit antisemitischer Zielrichtung konstatiert werden. Das Gros der insgesamt ermittelten 246 Straftäter war zwischen 18 bis 25 Jahre alt (155 Personen); in 45 Fällen waren die Täter jünger als 18.

Leicht angestiegen ist im vergangenen Jahr die Zahl der in Berlin erfaßten Neonazis auf 477 (1994:460). Der Berliner Verfassungsschutz bewertet als „besonders auffällig“ den Zuwachs der militanten Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistischer Skinheads sowohl bundesweit auf 6.200 (1994:5.400) als auch in Berlin auf 531 (1994:500) Aktivisten, darunter 52 Frauen. Etwa 240 Berliner Skinheads fielen in den vergangenen Jahren bereits als gewalttätig auf; 110 Skinheads waren 1995 an rechtsextremistischen Straftaten beteiligt. Rund 64 Prozent der in Berlin aktiven Skinheads sind älter als 21 Jahre, 43 Prozent (228) davon gehören der Altersgruppe der 22- bis 25jährigen an, 20 Prozent (106) sind zwischen 26 und 35 Jahre alt, ein Prozent (fünf) ist älter als 35 Jahre. Etwa 23 Prozent (176) sind zwischen 18 und 21 Jahre alt, lediglich drei Prozent (16) jünger als 18.

Kaum mehr eine Rolle spielen laut Verfassungsschutzbericht in der Hauptstadt die „Nationalen“, die allerdings ihren Schwerpunkt nach Brandenburg verlegt haben (hier geht der brandenburgische Verfassungsschutz auch von höheren Mitgliederzahlen aus <150 bundesweit, davon 110 in Brandenburg> als die vom Berliner Amt genannten 80 insgesamt). Nach dem Verbot der FAP im Februar 1995 dienten

die „Nationalen“ als Auffangbecken für einen Teil des ehemaligen FAP-Landesverbands. Als neue Entwicklung in der Neonazi-Szene verzeichnet der Berliner Verfassungsschutz ebenso den bundesweit zu beobachtenden Trend zu autonomen Personenzusammenschlüssen, die in Berlin vor allem von früheren Mitgliedern der verbotenen FAP initiiert wurden. Rückläufig ist die Mitgliederentwicklung bei den rechtsextremistischen Parteien. Die „Republikaner“ bleiben mit noch 800 Mitgliedern (1000) stärkste Partei, die DVU stagniert auf dem Vorjahresstand von 700, die marode NPD sowie die „Jungen Nationaldemokraten“ verfügen noch über 80 (100) bzw. 10 (10) Getreue. Für die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) wird ein Mitgliederschwund auf 60 (140) angegeben; hier gibt es allerdings einen gemeinsamen Landesverband Berlin-Brandenburg, wobei Doppelmitgliedschaften mit den „Nationalen“ bestehen.

Rückläufige Szene in Hamburg

Nach Angaben der Hamburger Behörde für Inneres ist in Hamburg das rechtsextremistische Potential insgesamt auf 1.250 (1994:1.300) Personen geringfügig zurückgegangen. Hier überrascht am ehesten, daß auch die rechtsextremistischen Skinheads weniger geworden sind (80; 1994:100). Die neonazistische Szene wird in Hamburg mit rund 100 Aktivisten seit zwei Jahren als relativ konstant betrachtet. Anhänger der im Februar 1995 verbotenen Organisationen „Nationale Liste“ und FAP versuchten teils durch autonome Personenzusammenschlüsse, teils durch Einsickern in andere Organisationen ihre Aktivitäten fortzusetzen. Als Auffangbecken werden insbesondere die DLVH und die JN genannt. Frühere FAPler wären beispielsweise erfolgreich beim Aufbau einer eigenen Plattform in den JN. Leichter Rückgang bzw. Stagnation ist bei den rechtsextremistischen Parteien zu verzeichnen: die Republikaner verfügen noch über 120 (150) Mitglieder, die DVU liegt mit unter 600 Mitgliedern ebenso wie NPD (80) und DLHV (30) auf Vorjahresstand. Die „Hamburger Liste für Ausländerstopp“ (HLA), die zu den Bürgerschaftswahlen 1997 ein „nationales“ Wahlbündnis anstrebt, verlor 10 Anhänger (60).

Zurückgegangen sind nach Angaben der Hamburger Behörde auch die rechtsextremistischen Straftaten um gut 23 Prozent auf 323 (1994:424) Vorfälle, weniger deutlich sind allerdings die fremdenfeindlich motivierten Straftaten zurückgegangen (129; 1994:155). Erfreulicherweise hat sich die Zahl der Gewalttaten gegenüber 1994 von 72 auf 38 fast halbiert.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1996

„Deutsche National-Zeitung“ 24-26/96 und „Junge Freiheit“ 24-28/96:

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) – 25. Jg.; Mit der Schlagzeile „Jüdische Masseneinwanderung? - Was Kohl vorbereitet“ stimmt die DNZ ein auf eine angebliche drohende „Einwanderung Hunderttausender Ostjuden“ - selbstredend nicht ohne Verweis auf Hunderte Milliarden Mark an Wiedergutmachtungsleistungen von deutscher Seite (24/96). Einer wahren Hexenjagd durch die Medien und „Volkspädagogen“ - genannt werden Süddeutsche Zeitung, Abendzeitung und der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer - sieht die DNZ nach dem Münchner Dozenten Erwin Adler nun den Militärgeschichtler Franz W. Seidler ausgesetzt (24/96). In die Bresche springt die Frey-Gazette selbstredend für den in der Bundesrepublik per Haftbefehl gesuchten Altnazi und Auschwitz-Leugner Thies Christophersen, dem von den Behörden kein freies Geleit gewährt worden war, um an der Beerdigung seines Sohnes teilnehmen zu können (24/96). Für die auf dem Deutschen Ärztetag ausgesprochene Verurteilung der von Medizinern begangenen Greuel im Dritten Reich weiß die DNZ gleich eine Gegenrechnung zu menschlichen Experimenten in der Sowjetunion und USA zu präsentieren (25/96). Die Nachforschungen über den ungeklärten Verbleib jüdischen Vermögens aus der Nazi-Zeit auf Schweizer Konten werden indirekt als Geldhunger des Jüdischen Weltkongresses bewertet (25/96). Wurde der österreichische Rechtsaußenpolitiker Jörg Haider von einflussreichen jüdischen Kreisen in den USA zur Abkehr von seiner „Deutschtümelei“ gedrängt, rätselt die DNZ in der folgenden Ausgabe (26/96)? Immerwiederkehrendes Reizthema sind jüdische Gedenkstätten, „Mahnmale, die einseitig nur deutsche Schuld beschwören“ (26/96).

„Junge Freiheit“ (JF) – 11. Jg.:

JF-Dauer-Autor Manfred Ritter („Sturm auf Europa“) sorgt sich um die Zukunft am Bau. Schuld an der Misere der deutschen Bauarbeiter sind für ihn selbstredend nicht die deutschen Bauunternehmer, sondern die unsolidarischen Ausländer und die internationalistischen Gewerkschaften (24/96). Berichte über Aufenthalte bei den Rußlanddeutschen im „nördlichen Ostpreußen“ geraten unver-

kennbar ins Schwärmerische (24/96). Rechts-FDP-ler Markus Roscher resümiert über den FDP-Bundesparteitag in Karlsruhe, der die Nationalliberalen erfolgreich integriert hätte (25/96). Als Interview-Partnerin steht die italienische Parlamentsabgeordnete der postfaschistischen „Alleanza Nazionale“, Alessandra Mussolini, Enkelin des Duce, zur Verfügung (25/96). Sympathiebekundung für den in Südafrika einsitzenden deutschstämmigen Rechtsextremisten Willem Ratte, der in den Hungerstreik getreten ist (25/96). Der neurechte Historiker Karlheinz Weißmann bewertet den „Historikerstreit“, den die „Habermas-Fraktion“ triumphierend für sich entschieden habe, was abweichende Meinungen aus Furcht vor persönlichen und juristischen Konsequenzen ersticken lasse (25/96). Zu neuer Würdigung gelangt auch das rassistische „Heidelberger Manifest“ vom 17. Juni 1981, ein Grundsatzdokument für den von der Neuen Rechten propagierten Ethnopluralismus, das in der JF abgedruckt ist. Einer der Unterzeichner, der heute emeritierte Professor Helmut Schröcke, weiß denn auch hinreichend biologistische Gründe für die Reinhaltung des deutschen Volkes anzuführen (25/96). In die Bresche für Arbeitslose und Rentner springt CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer: Wenn schon gespart werden müsse, dann bitte bei den Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen (JF 26/96). Nach dem Wahlerfolg in Baden-Württemberg begleitet die JF auch die REP publizistisch wieder mit Wohlwollen (26/96). JF-Chefredakteur Dieter Stein lanciert eine publizistische Breitseite gegen die „jungen Wilden“ in der CDU ob deren Vorstoß für eine erleichterte Einbürgerung für Ausländer (27/96). Der Cheftheoretiker der Neuen Rechten und JF-Dauerautor Alain de Benoist sieht im Populismus „die charakteristische Form der Gesellschaftskritik“ - die dann ja natürlich beliebig für eigene Zwecke eingespannt werden kann (27/96). Der ultrarechte nimmermüde Kämpfer und Publizist Gerhard Löwenthal kommentiert den Fall des wegen Agententätigkeit verurteilten Ex-SPD-Politikers Karl Wienand mit einer Generalabrechnung der SPD-Entspannungspolitik. Auch Blätter wie die Frankfurter Rundschau und Süddeutsche Zeitung hätten „nur allzu oft als Sprachrohr der Entspannungssüchtigen gedient“ (28/96). Ins Lager der „Anti-Antifa“-Aktivisten hat sich der Bonner Professor Helmuth Knütter geschlagen. In seiner - schon hysterisch anmutenden - Jagd auf Linke outet er diesmal einen Journalisten, der auch regelmäßig für den „blick nach rechts“ schreibt. Schier unbegreiflich, daß ein Beitrag so tief unter allem Niveau tatsächlich von einem deutschen Professor verfaßt wurde (28/96).

„Amokläufer“ erneut abgeurteilt

Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) - Das Amtsgericht Weinheim hat den ehemaligen NPD-Bundvorsitzenden und jetzigen Partei-Vize Günter Deckert (56) wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten verurteilt. Anlaß dieses Verfahrens war eine Veranstaltung Deckerts mit dem 58jährigen britischen Revisionisten David Irving („Zeitgeschichte auf dem Prüfstand“) im September 1990. Von der Veranstaltung wurde ein Videoband („Bestellung/Bezahlung am Tag der Veranstaltung oder schriftlich unter Beifügung eines Euroschecks an Günter Deckert“) erstellt und vertrieben. Verurteilt wurde Deckert auch wegen des Vertriebs des revisionistischen Werkes „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ von Ernst Gauss, einem Pseudonym des 31jährigen Diplom-Chemikers Germar Rudolf, verheirateter Scheerer. Für schuldig befand das Amtsgericht Deckert des weiteren, unter Pseudonym das Machwerk „Der Fall Günter Deckert“ verfaßt und vertrieben zu haben.

Das Ende der Urteilsverkündung am 20. Juni erlebte Deckert nicht mehr im Gerichtssaal. Richter Herbig schloß den ehemaligen Lehrer wegen seiner fortdauernden Verbalinjurien und Drohungen vom Verfahren aus. Mit Deckert verließ ein Teil seiner Anhänger, darunter Christian Hehl (27) und Eric Rössler (22), den Saal. Richter Herbig bezeichnete Deckert als „Amokläufer“. Staatsanwalt Hans-Heiko Klein kündigte nach der Urteilsverkündung an, er werde in Berufung gehen. Ebenfalls Rechtsmittel einlegen will der Strafverteidiger Deckerts, der Mannheimer Anwalt Ludwig Bock (54). Bock hatte in seinem Plädoyer einen Freispruch für seinen Mandanten gefordert, nachdem die Staatsanwaltschaft eine vierjährige Haftstrafe für Deckert beantragt hatte. Der NPD-Funktionär verbüßt derzeit eine zweijährige Haftstrafe, zu der er im April 1995 vom Karlsruher Landgericht (vgl. BNR 9/95) rechtskräftig verurteilt worden war. In naher Zukunft soll das vom Weimarer Amtsgericht beanstandete Buch „Der Fall Günter Deckert“, so die „Berlin Brandenburger Zeitung“ in ihrer aktuellen Ausgabe, in einer um die inkriminierten Passagen gekürzten Version neu aufgelegt werden.

Eva Bernhard

EU-geförderte deutsche Kolonie

Stockholm - Der Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger bekommt für sein im vergangenen Jahr in Schweden erworbenes Schloßgut Sveneby Subventionen der Europäischen Union (EU). Für sein Areal, das 650 Hektar mit Ackerflächen, Weideland und Wald umfaßt, fließen ihm vom 1. Oktober an rund 225 000 Mark EU-Gelder zu. Der 49jährige Hamburger blätterte zum Erwerb des Grundstücks rund 3,83 Millionen Mark hin. Jetzt beantragte er die ihm zustehenden Förderungsmittel für ökologischen Landbau. Rieger warb für sein neues Anwesen unter anderem mit einem Inserat in „Nation+Europa“. Aus dem Anzeigentext: „Gesucht: bis zu 18 junge deutsche Familien, die in Schweden auf einem ... Gut siedeln wollen. Im Herrenhaus soll ein Altenheim errichtet werden. Ziel: in wunderschöner, unberührter Landschaft ein Leben nach eigener Art, unbeeinflusst durch Umerziehung, Überfremdung, Drogen und Rauschgift, mit eigenem Kindergarten und eigener Schule zu führen.“

Das noble Gutshaus aus dem 18. Jahrhundert mit viel Prunk soll also zum Zentrum einer deutschen Kolonie werden, wobei Rieger sich offenbar die chilenische Colonia Dignidad als Vorbild genommen hat. Anfang dieses Jahres waren auf Gut Sveneby Esoterik-Seminare geplant, für die in Hamburg geworben wurde. Die deutschen Referentinnen, darunter Riegers ehemalige Lebensgefährtin Theda Ites, zogen nach Protesten ihr Vorhaben zurück. Vor Ort berichteten Anwohner, daß Rieger und kurzgeschorene Gesinnungsgenossen öfters einige Runden mit einem tschechischen Panzer auf dem Areal drehen.

Horst Freires

Sommeruniversität

Aix-en-Provence/Frankreich - Die neurechte französische Ideologieschmiede GRECE („Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation“) veranstaltet vom 24. bis 30. August ihre diesjährige Sommeruniversität. Als Referenten sind u.a. der neurechte Papst Alain de Benoist und Tomislav Sunic (Auswärtiges Amt Zagreb), Autor in „Sleipnir“, „Junge Freiheit“, „Europa Vorn“, „Ciriticon“, „Scorpion“ sowie Referent beim „Studienzentrum Weikersheim“, angekündigt. Geworben wird für die Veranstaltung u.a. in der „Jungen Freiheit“.

BÜCHERSCHAU

Skinhead sein für's Leben

Skinheads werden in der Medienberichterstattung all zu häufig pauschal mit Fremdenfeindlichkeit und Neonazismus identifiziert. Gegen diese verzerrte Wahrnehmung einer jugendlichen Subkultur hatten sich die beiden Journalisten Klaus Farin und Eberhard Seidel-Pielen bereits 1993 in ihrem schlicht „Skinhead“ betitelten Buch gewandt. Es handele sich weniger um eine politische Bewegung und mehr um einen besonderen Lebensstil. Dies versucht Farin auch in dem von ihm allein herausgegebenen Band „Skinhead. A Way of Life“ deutlich zu machen. Es enthält zahlreiche Bilder und Texte, die mehr als 250 Skins als Selbstzeugnisse nach einer Anfrage an den Herausgeber schickten.

Als Beleg für seine Auffassung benennt Farin die Ergebnisse einer Fragenbogenerhebung von 1994/95 bei mehr als 400 Skinheads, wonach hinsichtlich der Wahlentscheidung gut ein Drittel überhaupt nicht wählen würde; 28 Prozent wollten ihre Stimme rechtsextremistischen Parteien, 5,8 Prozent der CDU/CSU, 21,5 der SPD, 18,9 Bündnis 90/Die Grünen und 26,2 der PDS geben. Die detaillierten Ergebnisse dieser Umfrage sollen allerdings erst in einem späteren Band dokumentiert werden. „Skinhead. A Way of Life“ enthält in zehn Kapiteln lediglich Selbstzeugnisse aus der Szene zu den unterschiedlichsten Aspekten: Skinhead sein als Lebensgefühl, die Zuordnung zur Arbeiterklasse, die Musik, Vertriebsdienste, Skin-Mode, das Verhältnis zur Politik, „rechte“ politische Einstellungen, die Geschichte eines „Skin-Tests“ aus einem französischen Zine.

Die Dokumentation veranschaulicht, daß Skinheads kein homogenes Phänomen sind, sondern eine Reihe von Differenzen zwischen ihnen auf unterschiedlichster Ebene bestehen.

Gemeinsam ist ihnen, so Farin, daß sie „eine ‘konservative’ Jugendbewegung (sind), keine Mode, nicht trendy, sondern eine Entscheidung für's Leben. A way of life.“ (S. 11). Ihnen ginge es nicht um gesellschaftliche Integration: „Eine allgemeine Akzeptanz bei der als ‘spießbürgerlich’ verachteten Mehrheitsgesellschaft würde geradezu einen zentralen Wert der Szene gefährden, das Selbstbewußtsein, etwas ‘ganz Besonderes’, eine Elite darzustellen“. Es gebe zwar auch rechtsextremistische Skinheads: „Doch innerhalb der Gesamtpopulation der Skinheads bilden sie nur eine Minderheit, stehen zumindest organisierte Rechte und militante Ausländerhasser im Abseits“ (S. 8).

Die einzelnen Dokumente und Farins Kommentare vermitteln ein differenzierteres Bild der jugendlichen Subkultur der Skinheads als es in der Öffentlichkeit besteht. Darin liegt zweifellos der Verdienst dieses Bandes. Gleichwohl muß kritisch nach der Repräsentativität des Materials gefragt werden. Farin beziffert die Zahl der Skinheads in Deutschland auf rund sechstausend, hat allerdings nur von um die 250 Material erhalten und lediglich knapp über 400 beteiligten sich an der Umfrage. Ob nur bestimmte Teilgruppen mit bestimmten Motiven antworteten und andere Teilgruppen mit anderen Motiven nicht oder weit unterdurchschnittlich antworteten, hinterfragt Farin nicht näher. Hierdurch können sich Verzerrungen für die Gesamteinschätzung ergeben. Schließlich war auch der Szene klar, daß ihre Selbstdarstellungen an einen als eher politisch links geltenden Journalisten gingen, so daß auch dies mit der Frage der Repräsentativität berücksichtigt werden muß. Besondere Beachtung verdienen die Dokumente zu der „nationalen Facette der Skins“, die sich, so Farin, „selbstverständlich auch wieder differenziert gestaltet und nicht pauschal in Antifa-Dummdeutsch auf ‘Nazis!’ reduziert werden kann“ (S. 147).

Armin Pfahl-Traugher

Klaus Farin (Hrsg.), Skinhead. A Way of Life, Eine Jugendbewegung stellt sich selbst dar, Hamburg 1996 (Europäische Verlagsanstalt/Syndikat), 219 S., 29,80 DM

Tagebuch

Amsterdam - Im Stadtwald von Amsterdam wird ein Denkmal für die Opfer des KZs Dachau errichtet. Das 400 000 Mark teure Monument solle an die Leiden in dem Lager erinnern, berichtete die niederländische Tageszeitung Trouw. Das Mahnmal, das im November dieses Jahres fertiggestellt sein soll, wird durch Stiftungen, durch die Kommune, durch frühere Gefangene sowie den Vater der niederländischen Königin, Prinz Bernhard, finanziert.

Der Vorsitzende der rechtsextremen niederländischen „Centrumsdemokraten“ (CD) Hans Janmaat wurde wegen Rassismus zu einer Geldstrafe von umgerechnet rund 1.800 Mark verurteilt. Das Oberste Gericht befand Janmaat und dessen Freundin Winnie Schuurman für schuldig, in Rundfunksports der Partei in fünf Fällen „rassistische Äußerungen“ getan haben. Gegen Frau Schuurmann wurde eine Geldstrafe von 450 Mark verhängt.

Bad Homburg (Hessen) - Die seit 1957 bestehende „Deutsch-Russländische Gesellschaft“ (DRG) hat sich jüngst aufgelöst. Der Verein litt nach Angaben des letzten Vorsitzenden Klausgeorg Straube, so die Süddeutsche Zeitung, an Überalterung und Mitgliederschwund. Straubes Vorgänger, der Major a.D. Siegfried Keiling, verstarb im März vergangenen Jahres in Bad Homburg. Zu Keiling unterhielt auch der „Hofgeismarerkreis der Jungsozialisten Deutschlands“ um den Leipziger Juso-Rechtsaußen Sascha Jung Kontakt.

Zuletzt gehörten dem eingetragenen Verein „Deutsch-Russländische Gesellschaft“ rund 300 Mitglieder an, der Altersschnitt lag bei über 70 Jahren. Bislang erschien von der DRG in Bad Homburg die Vierteljahresschrift „Rußland und wir“.

Basel (Schweiz) - Im 2. Jahrgang erscheint in der Schweiz die revisionistische Postille „Recht+Wahrheit“ (Redaktionssitz: Basel). Herausgegeben wird das mindestens sechsmal jährlich erscheinende Blatt von einem „Presseclub Schweiz“, hinter dem sich Ernst Indlekofer, zeitweilig Mitglied der „Schweizerischen Volkspartei“ (SVP) verbirgt. Nachgedruckt werden Beiträge von Indlekofer auch in der bundesdeutschen Zeitschrift „Sleipnir“ (Berlin).

Berlin - Andreas Röhler (am 25. Januar 1953 in Magdeburg geboren), Mitinhaber des Berliner

„Verlages der Freunde“ und Mitherausgeber der revisionistischen Postille „Sleipnir“ sowie Leserbriefschreiber in einschlägigen Postillen wie „Die Bauernschaft“ und „Die Aula“, wurde jüngst vom Böblinger Amtsgericht (12 Cs 548/96) wegen Vergehens der versuchten Nötigung zu einer Geldstrafe in Höhe von 4.000 DM verurteilt. Der verheiratete Betriebswirt hatte am 29. Juni 1995 die damalige Vermieterin von Germar Scheerer am Telefon aufgefordert, die Kündigung von Wohnraum gegen diesen zurückzunehmen, da ansonsten „die ganze Sache größere Kreise ziehen würde und ein Unglück geschehen könnte“. In einem persönlichen Bettelbrief appelliert Röhler nun an seinen Kundenkreis und bittet um Spendenüberweisungen. Ohne Spenden müßte der angeblich finanzschwache Röhler laut eigenem Bekunden ins Gefängnis gehen: „Ich werde nicht der erste und leider auch nicht der letzte politische Gefangene der BRD sein“.

Bonn - Wie aus einer Antwort der Bundesregierung (13/4656) auf eine Kleine Anfrage der PDS (13/4506) hervorgeht, hat der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) 1995 aus dem Bundeshaushalt knapp 8,7 Millionen DM erhalten. Die vom BdV herausgegebene, in einer Auflage von 3.000 Exemplaren erscheinende Publikation „Deutscher Ostdienst“ (DOD) ist den Angaben zufolge im letzten Jahr vom Innenministerium mit 265.000 DM gefördert worden. Die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ hat aus dem Etat des Innenministeriums 1995 insgesamt 855.500 DM erhalten, die „Landsmannschaft Ostpreußen“ 419.300 DM und die „Landsmannschaft Schlesien“ 310.600 DM. Darüber hinaus bekamen die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ sowie die „Landsmannschaft Schlesien“ aus dem Haushalt des Familienministeriums 30.000 DM bzw. 76.000 DM. Für Projekte hat die „Arbeitsgemeinschaft Junge Generation im Bund der Vertriebenen“ in den Jahren 1991 bis 1995 aus dem Bundeshaushalt genau 43.930,37 DM erhalten.

Diksmuide (Belgien) - Am 24./25. August findet die traditionelle Ijzerbedevaart (Bitt-Wallfahrt an dem Fließchen Ijzer) in Diksmuide, einer Stadt im westlichen Teil des belgischen Flandern, statt. Seit Beginn der zwanziger Jahre zelebrieren flämische Nationalisten und ultrarechte Organisationen in Diksmuide ihre Ijzerbedevaart, die als Ehrung für flämische Gefallene ins Leben gerufen wurde. Am Rande der Ijzerbedevaart marschieren alljährlich mehrere hundert Neonazis aus mehreren europäi-

schen Staaten auf; das zahlenmäßig größte braune Kontingent stellen die Deutschen. Über die letztjährige Ijzerbedevaart wurde u.a. in den Postillen „Braunauer Ausguck“, „Freiheit durch Wahrheit“, „Freie Stimme“, „Europa Vorn“, „Deutsche-National-Zeitung“, „Junge Freiheit“, „Der Freiwillige“ und in „DESG-inform“ berichtet.

Dortmund - Der ehemalige REP-Fraktions- und Kreisvorsitzende von Dortmund und Vorsitzende des Bezirksverbandes Ruhr, Max Branghofer (Unterzeichner der „Pulheimer Erklärung“), hat seinen Austritt aus den „Republikanern“ erklärt, nachdem ihm wegen Unterstützung der „Runden Tische“ von der NRW-REP-Landesvorsitzenden Uschi Winkelsett wegen satzungswidrigen Verhaltens ein Parteiausschlußverfahren angedroht worden war. Gegen die Ausschlußverfahren von Parteimitgliedern hat sich der Bezirksjugendbeauftragte der REP für Mittelfranken/Bayern, Horst Ebenhöf, in einem Schreiben an den REP-Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer gewandt.

Erfurt - Der Landesvorsitzende der thüringischen NPD, Frank Golkowski, wurde zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Das Gericht befand den Rechtsextremisten des Vortäuschens einer Straftat in zwei Fällen für schuldig. Im Dezember 1994 hatten mehrere Thüringer Lokalzeitungen anonyme Drohbriefe von vermeintlich anonymen Tätern erhalten, die einen Anschlag auf Golkowski ankündigten. Weihnachten 1994 war unter Golkowskis Auto vor dessen Zweitwohnung in Northeim eine scharfe Handgranate jugoslawischer Bauart entdeckt worden. Die Richter gelangten zu der Überzeugung, daß sowohl die Drohbriefe als auch der vermeintliche Anschlag auf das eigene Konto von Golkowski gehen.

Geschendorf (Schleswig-Holstein) - Seine Lebenserinnerungen („Bauer mit Leib und Seele“) hat der „Öko-Bauer“ Baldur Springmann (1912 im westfälischen Hagen geboren) im Verlag Siegfried Bublies (Koblenz) vorgelegt. Der einstige Batteriechef in Kiel bzw. Kapitänleutnant in Swinemünde (1940-1945) war in den 70er Jahren in der Anti-AKW-Bewegung tätig, agierte dann als Mitbegründer der „Grünen“ und der ÖDP. Heute ist Springmann, Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“ und Unterzeichner des Aufrufs „3. Oktober 1990: Tag der deutschen Einheit - Tag der deutschen Befreiung. Für eine deutsche Zukunft in einem freien Europa!“ bei den „Unabhängigen Ökologen“ aktiv.

Kaliningrad - Nach Informationen des SPIEGEL haben russische Sicherheitsbehörden in Zusammenarbeit mit der Gebietsverwaltung Kaliningrad ein unbefristetes Einreiseverbot gegen vier deutsche Rechtsextremisten verhängt. Unerwünscht in Kaliningrad („Königsberg“) sind demnach der Ex-Rechtsterrorist Manfred Roeder und der rechtsextreme Kieler Verleger Dietmar Munier, die seit Jahren die Re-Germanisierung „Nordostpreußens“ vorantreiben wollen. Betroffen von dem Einreiseverbot sind ferner zwei Anhänger der Vereinigung „Freistaat Preußen“.

Kiel - Die Staatsanwaltschaft Kiel ermittelt immer noch gegen die DVU wegen des Verdachts der Untreue. Ausschließlich parlamentarische Fraktionsgelder sind in der vergangenen Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages zweckentfremdet eingesetzt worden, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft. Mehre Male wurden unzulässigerweise an der Fraktion im Landeshaus Kiel vorbei überbeteuerte Anzeigen in der „Deutschen Wochenzeitung“ von DVU-Chef Gerhard Frey geschaltet und abgerechnet. Von 1992 bis 1993 sollen auf diesem Weg rund 180 000 Mark an den Münchener DSZ-Verlag gelangt sein. Nach Recherchen des Landesrechnungshofes flossen weitere 100 000 Mark für kostenlos verteiltes Werbematerial in die bayerische Metropole. Pflichtbewußt gegenüber Parteichef Frey deckten die ehemaligen DVU-Landtagsabgeordneten sich zudem mit einschlägiger Literatur aus dem Hause Frey ein. Wegen des gesamten Komplexes gab es im vergangenen Jahr sowohl in den Büros im Kieler Landtag, als auch in den DSZ-Geschäftsräumen Durchsuchungen der Staatsanwaltschaft, die jetzt aber ein eingeleitetes Verfahren gegen die ehemaligen DVU-Landtagsabgeordneten eingestellt hat. Für die Transaktionen zeichnet nach Auffassung der Strafverfolgungsbehörde allein der damalige Fraktions-Geschäftsführer Ernst Sahling verantwortlich, gegen den weiter ermittelt wird.

Kiel - Ein führender Kopf der Kieler Neonaziszene aus den frühen 80er Jahren ist kürzlich verstorben. Thomas Nelson wurde tot aufgefunden, nachdem er sich eine Überdosis Heroin gespritzt hatte. Der 32jährige war 1983 Stützpunktleiter und Lesekreisleiter der Neuen Front als Nachfolge der verbotenen ANS (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/gegründet 1977). Er gehörte damit zu Michael Kühnens Erfüllungsgehilfen. 1984 trat der vorbestrafte Nelson mit Flugblättern der Nationalsozialistischen Widerstandsbewegung Kiel (NWBK) in

Erscheinung und organisierte ein Wehrsport-Zeltlager. Nach dem ANS-Verbot trat auch Nelson der FAP bei, tauchte dann aber Mitte 1986 zumindest, was größere öffentliche Aktivitäten angeht - ab.

Koblenz - Von der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst“ erschien nach rund einem Jahr Pause wieder ein Heft. Zu den Autoren der aktuellen, 84 Seiten starken Ausgabe zählen Henning Eichberg („Der Unsinn der ‘Konservativen Revolution’. Über Ideengeschichte, Nationalismus und Habitus“), Hans-Joachim von Leesen, der ehemalige Redakteur der „Jungen Freiheit“ Dr. Markus Josef Klein, Alexander Ebbinghaus, der Nationalneutralist Dr. Alfred Mechtersheimer („Selbstvergessene Politik und nationale Erneuerung“), Elfriede Fink, der ehemalige Bundesvorsitzende der ÖDP und jetzige „Unabhängige Ökologe“ Prof. Dr. Herbert Pilch sowie Kristof Berking, ehemaliger Funktionär des „Bund Freier Bürger“. Die „Zeitschrift für nationale Identität“, so der Untertitel, wurde 1979 in Koblenz von ehemaligen Mitgliedern der „Jungen Nationaldemokraten“, der damaligen „Grünen Zelle Koblenz“, gegründet. Ursprünglich als Zweimonatszeitschrift angelegt, erscheint „wir selbst“ sehr unregelmäßig. Verantwortlicher der Zeitschrift ist Siegfried Bublies. Sein langjähriger Weggefährte und verantwortlicher Redakteur Gerhard Quast leitete seit dem vergangenen Jahr die Rubrik „Natur & Umwelt“ der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF), nachdem er bereits Anfang der 90er Jahre der JF als Redakteur angehört hatte.

Markt Schwaben/Bayern - Die HIAG-Kreisgemeinschaft München trauert um den jüngst verstorbenen Vorsitzenden der Truppenkameradschaft der ehemaligen 16. SS-Panzer Grenadierdivision „RF“, Claus Jordan. Das ehemalige nordrhein-westfälische Landesvorstandsmitglied der „Republikaner“, Jordan, Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“, zählte bis zuletzt zum harten Kern der bundesdeutschen Holocaustleugner. Publizistisch äußerte er sich dazu u.a. in dem revisionistischen Mammutwerk „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ (Grabert-Verlag).

Marl - Der rechtsextreme „Deutscher Arbeitnehmerverband“ (DAV), der der NPD nahesteht, soll nach eigenen Angaben („Junges Franken“ Juni-Juli 1996) 20.000 Mitglieder in seinen Reihen haben. Nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer weisen programmatische Aussagen des DAV „Übereinstimmungen mit NPD-Gedankengut auf, eine

Teilaussage lehnt sich sogar an das Programm der NSDAP von 1920“ (SPIEGEL 5/1993) an. Die DAV-Bundesgeschäftsstelle residiert im nordrhein-westfälischen Marl.

München - Das bayerische Innenministerium darf vorerst weiterhin behaupten, bei den „Republikanern“ handle es sich um eine „rechtsextremistische“ und „verfassungsfeindliche“ Organisation. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat eine entsprechende einstweilige Anordnung der „Republikaner“, dem Innenminister die Verbreitung dieser Behauptung zu untersagen, zurückgewiesen. Der VGH habe seine Entscheidung mit der Fülle der fremdenfeindlichen Äußerungen der Partei begründet, teilte das Bayerische Innenministerium mit. Bereits zu Jahresbeginn hatte das Münchner Verwaltungsgericht entsprechende Anträge der REP, mit denen sie sich gegen eine entsprechende Einordnung im bayerischen Verfassungsschutzbericht 1994 zur Wehr setzen wollten, als unbegründet verworfen. Für den bayerischen Innenminister Günther Beckstein (CSU) ist die VGH-Entscheidung eine Bestätigung dafür, „daß die vielfältigen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes eine Bewertung der Republikaner als verfassungsfeindlich rechtfertigen“.

Schweinfurt (Bayern) - Der Molkereimeister Hans Schiefer aus Würzburg wurde vom unterfränkischen Regionalverband der NPD in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Der Bezirkstag in Schweinfurt wählte Klaus Beier (Miltendorf), bundesweit tätiger Koordinator von NPD- und Neonazi-Aktivitäten, und Axel Schunk (Aschaffenburg), NPD-Parteivorstandsmitglied, Ex-„Wiking-Jugend“-Gauführer von Franken, zu seinen Stellvertretern.

Schweigen-Rechtenbach (Rh.-Pfalz) - Am 29. Juni fand in Schweigen-Rechtenbach auf einem öffentlichen Grillplatz eine Sommersonnenwendfeier der rechtsextremistischen Szene statt. Zu den Veranstaltern gehörten u.a. Wilhelm Herbi, langjähriger NPD-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz, und sein Stellvertreter Volker Beiser sowie die neonazistischen „Kameradschaften“ Karlsruhe und Annweiler. Rund 150 Besucher folgten der schriftlichen Einladung aus Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Frankreich in die Westpfalz. Angekündigt waren für die 20,- DM Eintritt u.a. die Musikgruppen „Noie Werte“, „Null-Acht-Fuffzehn“ („unsere bekannte Stammgruppe“) und „Celtic Warrior“, die den Weg an die deutsch-französische Grenze jedoch nicht rechtzeitig fanden. Die 1987 gegründete

Adresse:

Band „Noie Werte“ um die neonazistischen Kader Michael Wendland und Steffen Hammer wird von der zuständigen Landesregierung als „die in Baden-Württemberg bedeutendste rechtsextremistische Gruppe eingeschätzt.“ Die Düsseldorfer Combo „08/15“ und Rainer F. wird von Torsten Lemmer vermarktet und trat bereits im März im Rahmen einer von der rheinland-pfälzischen NPD organisierten Veranstaltung in Bad Dürkheim auf.

Stuttgart - Die NPD in Baden-Württemberg hat einen neuen Landesvorstand. Wie die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ in ihrer aktuellen Ausgabe berichtet, wurde Hartmut Hildebrandt (68) auf dem 31. Ordentlichen Landesparteitag vom 14. April 1996 in Böblingen in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Zu Hildebrandts Stellvertretern wurden Dave Schiek (27), Michael Wendland (26) und Siegfried Stieglmeier (64) wiedergewählt. Hildebrandt, Wendland und Stieglmeier gehören seit dem letzten Bundesparteitag in Bad Dürkheim vom März 1996 auch dem NPD-Bundesvorstand als Beisitzer an. Schatzmeister des baden-württembergischen Landesverbandes wurde wiederum Alexander Delle (22). Zu Beisitzern wurden Matthias Brodbeck (24), Siegfried Härle (61), Christoph Dietermann (19), Alexander Feyen (20), Eric Rössler (22), Heinz Freitag (40) und Stefan Marx (21) allesamt neu gewählt. Auffallend ist der hohe Anteil an „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) im NPD-Landesvorstand des Südwest-Staates. Zwei Drittel der Vorstandsmitglieder sind zugleich bei den JN aktiv. Der Tübinger Jurastudent Wendland, seit November 1992 Gitarrist bei der 1987 ins Leben gerufenen Nazi-Band „Noie Werte“ und ehemaliger Führer der seit 1994 inaktiven neonazistischen Kleinstgruppe „Deutsche Sozialistische Aktionsgemeinschaft e.V.“, bekleidet als Nachfolger von Stefan Wollenschläger aus Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) das Amt des JN-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg.

Stuttgart - Der frühere Landtagsabgeordnete Horst Trageiser ist neuer Kreisvorsitzender des Stuttgarter Kreisverbands der „Republikaner“. Er löst den langjährigen Kreisvorsitzenden Rolf Wilhelm (MdL) ab. Trageiser setzte sich in einer Kampfabstimmung gegen Richard Eckert (ebenfalls Ex-MdL) durch. Stellvertretende Kreisvorsitzende wurden die Stadträte Erwin Joos und Dieter Lieberwirth.

Valmiera/Riga (Lettland) - In der Zeitschrift „Huginn und Muninn“, dem Organ der „Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände

Europas“ (ANSE; Nr. 2/1996), wird für ein Sommer-Seminar des „Lettischen Zentrums für die Förderung der Erforschung und Darstellung der europäischen Volkskulturen“ geworben, das vom 22. bis 28. Juli im lettischen Valmiera stattfinden soll. Das Seminar, so „Huginn und Muninn“, will sich den Themen „Heilige Stätten in Lettland“ sowie der Geomantie widmen. Als Organisator tritt ein Valter Grivins in Erscheinung.

Villingen-Schwenningen - Auf dem 6. Landesparteitag der baden-württembergischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ am 29.6. in Villingen-Schwenningen war als Starreferent der 61jährige Klaus Weinschenk, seit 1971 Professor an der Evangelischen Fachhochschule Berlin und ehemaliger REP-Landesvorsitzender, zugegen (vgl. BNR 13/96). Weitere Referate wurden von Wolfgang Juchem („Aktion Freies Deutschland“) und Ingo Stawitz („DLVH-Vorsitzender Schleswig-Holstein und Mitglied im DLVH-Bundessprecherrat) gehalten. Landesvorsitzender Jürgen Schützinger kündigte für den Herbst einen Kongreß zu Einheit der zersplitterten Rechten an.

Washington/Wilnius - Die USA haben zwei litauische NS-Kriegsverbrecher abgeschoben. Dem 79jährigen gebürtigen Litauer Juozas Budreika ist wegen seiner Beteiligung an nationalsozialistischen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg die Staatsbürgerschaft aberkannt worden; er hatte die USA bereits Mitte Mai verlassen. Am 19. Juni wurde der frühere Chef der litauischen Sonderpolizei, Alexandrow Lileikis (88), nach Litauen abgeschoben. Ihm wird vorgeworfen, im Zweiten Weltkrieg aktiv an der Ermordung der litauischen Juden beteiligt gewesen zu sein.

Wien - Gegen den früheren „Kameradschaftsführer“ der „Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition“ (VAPO), Sascha Kaspar (25), wurde kürzlich der Prozeß eröffnet. Dem Neonazi wird vorgeworfen, in der Wiener Neustadt eine Kameradschaft der VAPO gegründet und geführt zu haben. Kaspar ist inzwischen zum Katholizismus konvertiert und will die Priesterlaufbahn einschlagen.